

Shell-Sondermüll im Ofen verbrannt

Rietberg-Westerwiehe (kvs) - Jahrelang sind Raffinerierückstände aus Anlagen des Mineralölkonzerns Shell in nordrhein-westfälischen Industriebetrieben und Kraftwerken verbrannt worden – auch in Westerwiehe.

Dort wurde die inzwischen als Sondermüll eingestuften Stoffe, die hochgefährlich und krebserregend sein sollen, vom Ziegeleiunternehmen Wienerberger verheizt. Dem NRW-Umweltministerium zufolge wurde das giftige Material als Petrolkoks deklariert und seit 1998 in Unternehmen in rund 20 Kommunen des Landes verbrannt.

In der Raffinerie anfallender Rückstoff wurde nicht korrekt eingestuft

Inzwischen räumte man in Düsseldorf in einer Antwort auf eine kleine Anfrage der SPD im Landtag „eine nicht korrekte Einstufung des in der Raffinerie anfallenden Rückstoffs“ ein, bei dem es sich abfiltrierten Ruß handelt. Dieser entsteht bei der Gasproduktion und hätte sowohl im Hinblick auf das technische Verfahren, mit dem er hergestellt wird, als auch bezüglich seiner Zusammensetzung offenbar nicht als Petrolkoks klassifiziert werden dürfen.

Im Rahmen der Untersuchungen zu den Vorgängen der Beseitigung von Ölpellets haben Recherchen des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes eigenen Angaben zufolge ergeben, dass die als Petrolkoks verheizten Rückstände „mindestens aufgrund des hohen Anteils an Nickelsulfit als gefährlicher Abfall hätten eingestuft werden müssen“. Ihr Einsatz in verschiedenen Anlagen „hätte nach heutigen Erkenntnissen nicht genehmigt werden dürfen“. Es müsse davon ausgegangen werden, dass den Unternehmen nicht bewusst war, welche stoffliche Zusammensetzung sie verheizen.

Der SPD-Abgeordnete Michael Hübner, der zusammen mit seinem Fraktionskollegen Thomas Göddertz – beide aus Bottrop – die Anfrage gestellt hatte, nennt die Zahl von 20 betroffenen Kommunen „erschreckend hoch“. Er kritisierte zudem, dass die Einhaltung der Schwermetallgrenzwerte nur alle drei Jahre überprüft werde. Ein solches Prüfintervall sei viel zu lang.

Rietberger SPD stellt Anfrage zur Umweltausschusssitzung

Aufmerksam geworden waren die Behörden auf das Thema Petrolkoks, als sie Nachforschungen zur Beseitigung von Ölpellets aus der BP-Raffinerie in Gelsenkirchen-Scholven anstellten. Nun macht sich auch die SPD in Rietberg Gedanken. In einer Anfrage zur Umweltausschusssitzung am Donnerstag, 30. Januar, möchte sie unter anderem wissen, was bei der Firma Wienerberger in Westerwiehe mit den Brennrückständen geschah, ob es regelmäßige Messungen im Umfeld der Ziegelei gegeben hat, wie häufig kontrolliert worden ist und ob zu irgendeinem Zeitpunkt eine Gefahr für die Bevölkerung bestand.

Nachdem man im März vergangenen Jahres darüber in Kenntnis gesetzt worden sei, dass die bis dahin als Petrolkoks deklarierten Raffinerierückstände ob ihrer Zusammensetzung neu eingestuft werden sollen, habe man deren Verwendung unmittelbar darauf eingestellt, sagte am Donnerstag Heidrun Keul, Leiterin Marketing und Unternehmenskommunikation bei Wienerberger. Regelmäßig seien Messungen durchgeführt worden, die allesamt unauffällig gewesen seien.

„Wir haben uns stets an die Vorgaben gehalten“

„Wir haben uns stets an die Vorgaben gehalten“, heißt es aus der Zentrale in Hannover. Eine Gefahr habe nie bestanden und bestehe auch nicht. Im Frühjahr waren Nachforschungen zu den Rückständen aus der Schwerölvergasung in der Rheinland-Raffinerie der Firma Shell in Wesseling angestellt worden. Das Unternehmen hatte dieses Material als Petrolkoks bezeichnet, als Nebenprodukt eingestuft und an Dritte abgeben. Angesichts seiner Zusammensetzung hätte es aber nicht als solches eingestuft werden dürfen.

Auch die Klassifizierung als Nebenprodukt entspreche nach heutiger Einschätzung nicht den rechtlichen Vorgaben, sagt das NRW-Umweltministerium. Unter anderem weist der Rückstand gegenüber klassischem Petrolkoks höhere Gehalte von Nickel, Vanadium und Schwefel auf. „Allerdings gab es zum Zeitpunkt der Genehmigung (1997) für Petrolkoks keine Legaldefinition oder technische Spezifikation und damit eine andere Ausgangslage“, bricht das Umweltministerium eine Lanze für Shell. Zudem lägen bisher keine Anhaltspunkte vor, dass der Einsatz in den 20 Anlagen im Land „zu nachteiligen Auswirkungen auf die Bevölkerung geführt haben könnte“. Auch Grenzwerte wurden offenbar eingehalten.